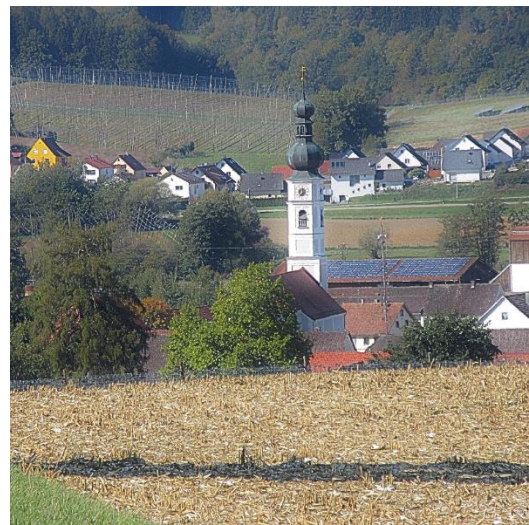


EWK - Zur Lage

Stand 25. Januar 2024

SCHWARZ oder WEISS



Die Wirklichkeit so darzustellen, dass sie im Auge des Betrachters den Eindruck hervorruft, den der Manipulator erzeugen will, ist nicht besonders schwer. Man muss nur weglassen und vereinfachen. Verdammt schwer ist es hingegen, von der manipulativ erzeugten Darstellung auf die „wahre“ Fassung zurückzuschließen.

Wer nur das linke Bild sieht, wird zum Beispiel kaum erkennen können, zu welcher Jahreszeit die Aufnahme entstanden ist, er wird nicht feststellen können, dass im linken unteren Eck ein Stück Wiese an das Stoppelfeld anschließt. Mindestens zwei Häuser, die rechts klar zu erkennen sind, können links nicht einmal mehr erraten werden. Den Kirchturm erkennt man auch erst, wenn man zuvor die Zwiebelhaube entdeckt hat.

Diese Ausgabe der Lage versucht, die Schwarz-weiß-Bilder der Propaganda mit etwas Farbe in Richtung Wahrheit aufzubessern.

Mit besten Grüßen
Ihr Egon W. Kreuzer



Welt

USA

Wahlkampf

In der November-Ausgabe hatte ich prognostiziert, dass interessierte Kräfte dafür sorgen würden, Ron de Santis in den Vorwahlen so stark zu machen, dass Trumps Chancen sinken.

Nun hat de Santis seine Bewerbung nach dem Erdrutschsieg Trumps im Iowa zurückgezogen. Als Mitbewerberin ist nur noch Nikki Haley im Rennen.

Wer ist diese Frau?

Nikki Haley kam vor 52 Jahren in Bamberg, South Carolina, als Kind indischer Einwanderer zur Welt, absolvierte einen kaufmännischen Studiengang an der Clemson University und wurde von ihrer Mutter als Finanzvorstand in deren Unternehmen eingesetzt. 1996 heiratete sie einen Offizier der Nationalgarde. Sie hat zwei Kinder.

So weit, so brav.

2004 zog sie in das Repräsentantenhaus von South Carolina ein, ist also seit 20 Jahren eine der politischen Figuren der USA. Sie wurde von der „Hindu-Koalition“ der Republikaner, insbesondere vom Industriellen Shalab Kumar, bei der Wahl zum Gouverneur von South Carolina unterstützt, die sie schließlich gegen den Kandidaten der Demokraten gewinnen konnte.

Aber auch Sarah Palin, die nicht nur wegen ihrer erzkonservativen Einstellungen und ihrer Ablehnung der Evolutionstheorie umstrittene ehemalige Gouverneurin von Alaska, gehörte zu den Figuren, die als Nikki Haleys Förderer in Erscheinung getreten sind. Kein Wunder wiederum, dass Haley der von Palin gegründeten Anti-Obama Tea-Party-Bewegung nahesteht. Übersetzt auf deutsche Verhältnisse wäre die Tea-Party in etwa vergleichbar mit der Werte-Union innerhalb von CDU/CSU.

Als Haley von Präsident Trump zur Botschafterin der USA bei den Vereinten Nationen vorgeschlagen und vom Senat ernannt worden war, trat sie vom Amt des Gouverneurs zurück und profilierte sich als starke und selbstbewusste Außenpolitikerin, deren Aktivitäten gelegentlich auch im Widerspruch zu den Absichten Trumps standen, was – im Zusammenhang mit ihrer Sanktionspolitik gegenüber Russland – Ende 2018 zum Bruch mit Trump und ihrem Rücktritt führte.

Was macht Haley, die republikanische Gegenkandidatin von Trump, von diesem unterscheidbar?

Wo Trump ruft: „Make America great again!“, setzt Haley auf den Slogan: „I want my country back!“, da gibt es in der Wirkung auf die Wähler nur einen geringen Unterschied. Auch in Bezug auf die Zuwanderung, die Mauer an der Grenze zu Mexiko, die Ablehnung von Obamacare, gibt es kaum einen Unterschied. Die Differenz offenbart sich in der Haltung gegenüber Russland, dessen Präsident Putin Trump als seinen Freund bezeichnet, während Haley hier voll die Linie der Demokraten vertritt, die Russland als Konkurrenten und Gegner ansehen.

Das offenbart auch den Unterschied in der Mentalität. Trump, der intelligente Spieler, der lieber verhandelt und zu einem Deal kommen will, steht hier im klaren Gegensatz zu Haley, die auf Einschüchterung durch militärische Machtdemonstration und Wirtschaftssanktionen setzt.

Dieser Unterschied kann für viele Republikaner den Ausschlag geben, die zwar Trumps bisherige Erfolge anerkennen, aber die Methoden, mit denen sie erreicht wurden, nicht würdigen, weil ihnen das Grundver-

ständnis dafür fehlt und sie eher Zufall und Glück dafür verantwortlich machen. Noch geht es aber nur um die Vorwahlen, die im weiteren Verlauf noch durch die vielen Gerichtsverfahren gegen Trump zu dessen Lasten beeinflusst werden könnten.

Im Wahlkampf gegen die Demokraten wird Haley, sollte sie denn bei den Vorwahlen obsiegen, allerdings weniger punkten. Den Krieg gegen Russland bekommen sie mit dem demokratischen Kandidaten auch, und alles andere, was Haley vertritt, ist unter den Linken und Woken der USA nicht konsensfähig.

Ich bleibe, auch acht Wochen und einen Jahreswechsel später, immer noch dabei, der nächste Präsident der USA wird weder Biden noch Trump heißen.

Rückzug aus der Ukraine

Natürlich hatten die USA selbst keine Truppen in die Ukraine entsandt, aber bis Ende letzten Jahres waren sie doch die Haupt-Unterstützer Selenkis und sandten nicht nur Waffen und Munition, sondern auch jede Menge Dollar in die Ukraine.

Hier ist nun eine Veränderung eingetreten. Den Republikanern im Kongress ist es gelungen, die [Haushaltsmittel für die Ukraine](#) zu blockieren. Ein Ende dieser Situation ist nicht in Sicht.

Ich halte die Wahrscheinlichkeit für hoch, dass Biden gerne auf diesen Deal zur Vermeidung des Shutdowns eingegangen ist, um im Wahljahr, wenn schon kein Sieg in der Ukraine mehr zu erwarten ist, von den Wählern nicht wenigstens gefragt zu werden, warum immer noch Milliarden über Milliarden in dieses Fass ohne Boden gepumpt werden.

Dieses Problem wurde nun offenbar auf die Europäer übergewälzt. Deutschland, bisher schon auf Rang zwei der Ukraine-Unterstützer, hat – nach einem Telefonat zwischen Biden und Scholz – schon einmal „aus freien Stücken“ sieben Milliarden Militärhilfe zugesagt. Ich habe [hier](#) darüber geschrieben. (Inzwischen sollen es sogar 8 Milliarden sein.)

Macron hat fast gleichzeitig (am 17. Januar) im Laufe einer zweistündigen Pressekonferenz erklärt, Frankreich werde rund 40 reichweitenstarke [Marschflugkörper SCALP](#) und hunderte Bomben an die Ukraine lie-

fern, sowie die dringend angeforderten [Caesar-Selbstfahrlafetten](#), ausgerüstet mit einer 155 mm Haubitze.

Auch die Briten werden die Ukraine weiter unterstützen. [Rishi Sunak](#) hat vor wenigen Tagen in Kiew sein neues, 2,5 Milliarden Pfund Unterstützungspaket vorgestellt und ein bilaterales Sicherheitsabkommen unterzeichnet.

Die italienische Regierungschefin [Meloni](#) wurde von Bundeskanzler Scholz telefonisch „instruiert“, er erwarte von allen EU-Ländern eine Erhöhung der Militärhilfe. Beim EU-Gipfel am 1. Februar sollen dann Nägel mit Köpfen gemacht werden.

Selbst wenn die USA wieder in die Ukraine-Unterstützung einsteigen: Von diesen Zusagen kommen die EU-ropäer nicht wieder herunter, und die EU selbst wird wohl auch noch einmal tief in die Kriegskasse greifen, damit die Zerstörungen in der Ukraine bei der Aufnahme in EU und NATO einen wirklich lohnenden Wiederaufbau nach sich ziehen können.

Man muss diesen Krieg auch einmal von der wirtschaftlichen Seite her betrachten. Mit Waffen und Munition, die von Deutschland und anderen Staaten hergestellt werden, werden ja keine Werte geschaffen, wie es zum Beispiel mit dem Bau von Sozialwohnungen der Fall wäre, die nicht nur dringend benötigten Wohnraum zur Verfügung stellen, sondern sich zudem über die Jahre auch amortisieren, weil sie laufende Mieteinnahmen abwerfen. Die Herstellung von Waffen und Munition, die nicht den eigenen Sicherheitsbedürfnissen dienen, sondern an einen anderen Staat verschenkt werden, kurbelt zwar die Rüstungsindustrie an, doch handelt es sich um ein (letztlich) schuldenfinanziertes Strohfeuer, das nur die Geldmenge erhöht, also Inflation auslöst. Selbst wenn diese Lieferungen aus dem regulären Steueraufkommen finanziert würden, wäre es kein Segen für die Volkswirtschaft, sondern der inflationäre Entzug von Kaufkraft der Bevölkerung, die vielleicht mehr Arbeit und mehr Geld zur Verfügung hat, dem aber kein zusätzliches Angebot gegenübersteht. Also auch in diesem Fall Inflation, die sich negativ auf die gesamte übrige Wirtschaft auswirkt.

Exakt das gleiche Spiel soll sich im Rahmen des erhofften Wiederaufbaus wiederholen. Deutsche und andere EU-Unternehmen holen sich die Aufträge, die wiederum in weiten Teilen aus der Staatskasse der Geberländer bezahlt werden, während der Rest sich in Staatsschulden des Empfängerlandes niederschlägt, die voraussichtlich nie abbezahlt werden können, damit aber für die EU-Bürokratie in Brüssel die Möglichkeit

schaffen, zentralistisch und über die Köpfe der Regierung der Ukraine hinweg, mitzuregieren (sh. Griechenland).

Kriegsproduktion und Wiederaufbauproduktion schaffen in den Geberländern keine nutzbaren Werte. Es ist für die Steuerzahler zum Fenster hinausgeworfenes Geld, von dem ein Teil als Gewinn der Hersteller verbucht werden kann – und das wirft die Frage auf, ob es ohne diesen erhofften wirtschaftlichen Effekt dieses Krieges, alleine wegen der geostrategischen Aspekte, diese multinationale Koalition der Willigen überhaupt gäbe.

Politisch ist das Tischtuch zwischen Russland und den EU-Staaten (bis auf Ungarn, vielleicht) zerschnitten und wird über lange Jahre nicht wieder geflickt werden können. Das bedeutet, dass die negativen Folgen der Russland-Sanktionen uns über lange Jahre ebenfalls erhalten bleiben werden, was sich insbesondere in nachhaltig hohen Energiepreisen niederschlagen wird, aber auch sonst die beiderseitigen Handelsbeziehungen stark beeinträchtigt.

Die USA hinterlassen also, auch wenn sie offiziell nie dort gewesen sind, in der Ukraine weitgehend verbrannte Erde. Das lässt darauf schließen, dass dort niemand mehr ernsthaft damit rechnet, die Ukraine in die NATO aufnehmen zu können. Zugleich sind aber die Weichen so gestellt, dass die EU die zerschlagene Ukraine noch über viele Jahre als Fass ohne Boden an der Backe haben wird, was – wenn es schon nicht gelungen ist, Russland zu schwächen – wenigstens zur Schwächung der EU und – nicht zu vergessen – des Euros führen wird.

Der andere Krieg

Am 7. Oktober 2023 haben Palästinenser Israel attackiert und damit die Spannungen im so genannten Nahen Osten wieder einmal sichtbar gemacht. Ich nenne hier ganz bewusst nicht die Hamas als Angreifer, weil dies m.E. nur die verwirrende Unterscheidung zwischen einer Art „Armee“ (böse) und einer Art „Zivilbevölkerung“ (gut) herstellt, die ich von meiner Warte aus nicht erkennen kann.

Seit diesem 7. Oktober attackiert Israel ununterbrochen die Palästinenser im Gaza-Streifen, mit dem Ziel, die militärischen Fähigkeiten der Palästinenser so weit zu zerschlagen, dass von diesen „nie wieder!“ ein Angriff auf Israel ausgehen kann.

Die Palästinenser sind damit von der Rolle des Angreifers in die Rolle des Verteidigers gelangt und werden von der israelischen Armee buchstäblich in die Ecke gedrängt. Eine Entwicklung, die so vorhersehbar war, wie der Sonnenuntergang am Abend.

Es ist schwer zu glauben, dass die Führung der Palästinenser davon ausgegangen sein könnte, Israel mit der Geiselnahme von rund 250 Israelis an den Verhandlungstisch zu zwingen, um den Siedlungsbau in den Palästinensergebieten rückgängig zu machen, die Mauern um die Palästinensergebiete einzureißen, Palästina als souveränen Staat anzuerkennen und einen Friedensvertrag, vielleicht auch noch einen Beistandspakt zu schließen.

Die Annahme, mit einer hinreichend großen Provokation könnte Israel zu einer maßlosen Überreaktion bewegt werden, die wiederum Unterstützung aus der arabischen Welt mobilisiert und das Israel-Bild der Menschen in der westlichen Welt zu Gunsten der Palästinenser verändert, passt da schon eher ins strategische Denken der Palästinenser und ihrer Unterstützer. Vor allem aber deckt sich diese Annahme mit dem Ablauf der Ereignisse so vollständig, dass dieser Plan bisher aufgegangen zu sein scheint.

Die dadurch erhoffte Wende, das Einknicken Israels vor der Weltmeinung, ist allerdings bisher ebenso ausgeblieben, wie die massive Unterstützung durch die Hisbollah und den Iran. Dass die Huthis im Jemen an diesem Konflikt ihr eigenes Süppchen kochen und die Schifffahrt im Roten Meer behindern, schadet Israel kaum und hilft den Palästinensern überhaupt nicht. Es ist nicht mehr als eine Machtdemonstration, gerichtet an die jemenitische Bevölkerung, die die Huthis endlich als Führungsmacht des Jemen anerkennen soll, während dem Iran, als dem großen Bruder, ein Beweis der Nützlichkeit und Loyalität geliefert wird.

Dass eine US-geführte Koalition [Schiffe ins Rote Meer](#) entsandt und damit begonnen hat, [Ziele im Jemen](#) zu bombardieren, ist ein sinn- und nutzloser Nebeneffekt. Billiger wäre es, jene Schiffe, auf die es die Huthis abgesehen haben, schlicht und einfach um das Kap der guten Hoffnung fahren zu lassen, statt durch den Suez-Kanal, und schon gäbe es diesen Konflikt nicht mehr.

Wie also wird es weitergehen?

War ich Ende November noch unschlüssig, ob der Waffenstillstand halten und verlängert würde, was der Hamas die Gelegenheit gegeben hät-

te, sich in der Zivilbevölkerung unsichtbar zu machen, oder ob Israel den Versuch unternommen wird, die Palästinenser tatsächlich bis zum letzten Kämpfer aufzureiben, stellt sich diese Frage nun nicht mehr.

Stattdessen diskutiert die Welt über eine Friedensordnung nach dem Ende des Krieges, ganz so, als wollten beide Kontrahenten nichts anderes, es könnte sich aber keiner der beiden aus eigener Kraft und aus Furcht vor einem möglichen Gesichtsverlust, dazu aufrufen, den ersten Schritt zu tun und dabei eigene Positionen der Stärke aufzugeben.

Die Penetranz, mit der die so genannte „Zwei-Staaten-Lösung“ vorgetragen wird, wird dabei allmählich unerträglich. Ausgerechnet genau das, was beide Seiten ganz und gar nicht wollen, soll die finale Lösung sein?

Abgesehen davon, dass alleine die Frage nach der Grenzlinie zwischen beiden Staaten an einem wie auch immer gearteten Verhandlungstisch nicht mehr gelöst werden kann, weil es zwangsläufig zu völkerwanderungsähnlichen Umsiedlungsaktionen kommen müsste, sehe ich nirgends ein Gremium, das die Macht hätte, den Kontrahenten eine solche Lösung aufzuzwingen. Es ist das Mäntelchen des guten Willens, das sich die Unbeteiligten umhängen, um sich die Hände in Unschuld waschen zu können, wenn es zum Äußersten kommen sollte, was man danach aber, als die Macht des Faktischen, aufatmend akzeptieren würde.

Auch die „Schnapsidee“, die zwischen der CIA und Ägypten besprochen worden sein soll, dass Ägypten nämlich nach dem Ende des Krieges die Sicherheit im Gaza-Streifen garantieren soll, bis die Palästinensische Autonomiebehörde die Verantwortung übernehmen könne, würde die Region dem Ziel einer Zwei-Staaten-Lösung nicht näher bringen, wohl aber Ägypten in den Konflikt hineinziehen und dabei destabilisieren. Dazu hat Foreign Policy die Argumente [hier](#) zusammengetragen. Fakt ist:

Israel kann überhaupt nicht mehr zurück.

Der Status vom 6. Oktober 23 ist nicht mehr herstellbar. Ein Zustand, in dem gegenüber der „Vorkriegszeit“ so weitreichende Zugeständnisse an die Palästinenser gemacht würden, dass diese das Kriegsbeil endgültig begraben, ist erst recht nicht zu erreichen, denn das hieße, die Palästinenser zum Sieger der Auseinandersetzung auszurufen, was die Verhältnisse vollkommen auf den Kopf stellen würde. Ein Zustand weiterer Demütigung und Einhegung der Palästinenser, den diese um des Friedens willen akzeptieren, ist auch nicht vorstellbar, empfanden sie ihre Rolle doch ohnehin schon unerträglich. Mag sein, dass sie sich in eine

solche Rolle begeben müssen, weil die Kräfteverhältnisse nichts anderes zulassen, doch ihr Verlangen nach Rache würde dadurch nur verstärkt und auf einen neuerlichen Ausbruch oder eine nicht enden wollende Terrorserie hinauslaufen.

Es ist kalte, strategische Logik, dass Israel die permanente Bedrohung durch die Palästinenser nur beenden kann, wenn es Palästinenser im Gaza-Streifen und in der Westbank nicht mehr gibt, und nach meiner Einschätzung ist Israel gewillt, dieser Logik folgend zu handeln und erst die militärischen Ressourcen der Palästinenser zu zerstören, ihre Kämpfer zu töten, und dann die Kinder und die Alten zum Wegzug aus den Palästinensergebieten zu bewegen. Letzteres muss nicht kurzfristig und quasi „auf einen Schlag“ in Form einer völkerrechtswidrigen Vertreibung geschehen, sondern wird sich – unumkehrbar – über Jahre hinziehen, in denen die Jungen sich nach und nach absetzen und die Alten allmählich aussterben.

Um diesen Zustand zu erreichen, braucht Israel keine westliche Militärhilfe. Dass die USA schon im November 2023 [Hilfslieferungen](#) im Umfang von 14,5 Milliarden Dollar zugesagt haben, hat einen anderen Grund. Es ist vor allem ein starkes Signal an den Iran, dass ein Angriff auf Israel den Kriegseintritt der USA zur Folge hätte, und es ist – neben dem Ersatz für im Krieg verbrauchte Waffen und Munition – auch die Ausrüstung, die Israel im Falle eines Angriffs befähigen soll, die Angreifer so lange aufzuhalten, bis die US-Militärmaschinerie vor Ort kampfbereit Stellung bezogen hat.

Dass auch Deutschland [Waffenlieferungen](#) zugesagt und sogar zwei geleaste Heron-Drohnen zurückgegeben hat, hat daneben eher symbolischen Charakter.

Ich rechne damit, dass Israel in dieser Auseinandersetzung seine Kriegsziele erreichen wird, ohne dass dies allerdings schon zu einer nachhaltigen Befriedung des Nahen Ostens führen wird.

In Tschetschenien hat man übrigens bereits damit begonnen, Häuser für Flüchtlinge aus dem Gaza-Streifen zu errichten. Wahrheit? Oder Potemkinsche Dörfer? Keine Ahnung – aber [eine passende Meldung](#).

Argentinien

In der letzten Ausgabe der Lage habe ich mich mit dem Wahlsieg Javier Mileis in Argentinien beschäftigt. Meine Prognose sah nicht gerade rosig aus. Hier zur Erinnerung einige Sätze daraus:

- Allerdings glaube ich nicht, dass es sich bei Milei tatsächlich um einen in der Wolle gewaschenen Anarchokapitalisten handelt.
- Am ehesten würde ich ihn aber mit dem Griechen Yanis Varoufakis vergleichen, der glaubte, als Finanzminister im Kabinett Tsipras der EU Zugeständnisse abringen zu können, um Griechenland irgendwann aus eigenen Kräften aus der Krise herausführen zu können.
- Gute Absichten genügen leider nicht, es braucht auch gute Pläne und vor allem zuverlässige Verbündete und ruhiggestellte Feinde. Die Chancen Mileis, Argentinien nach vorne zu bringen, schätze ich als ausgesprochen gering ein. Ohne geostrategische Interessen der USA überhaupt gedanklich in Ansatz zu bringen, wird ein wirtschaftspolitisches Experiment, wie es Milei plant, einen Teil der wichtigen Außenhandelspartner und vor allem die Bankenwelt abschrecken.
- Größere wirtschaftliche Freiheit bei einem sich zurückziehenden Staat wird der Masse der armen Argentinier keinen Wohlstand beschern, sondern ausschließlich kapitalkräftigen Anlegern helfen, frei von Regularien und wohl auch weitgehend befreit von Steuerlasten, Kapital aus dem Land herauszuziehen.
- Auch die Idee, mit diesem Konzept ausländische Investoren anlocken zu können, folgt einem geistigen Trugschluss. Ausländische Investoren machen ein Land nicht reicher, sondern ärmer, vor allem dann, wenn sie weitgehend von Ertragssteuern befreit sind.
- Milei wird krachend scheitern und eher durch einen Militärputsch als durch Wahlen wieder von der Macht entfernt werden.

Die seither zu verzeichnenden Ereignisse bestärken mich in dieser Einschätzung. Aus dem Artikel von [German Foreign Policy vom 16. Januar](#) hier nur einige signifikante Aussagen:

- ... Milei (hat) in Argentinien eine radikale Deregulierung gestartet, den weitreichenden Ausverkauf von Staatsbesitz eingeleitet und herbe Einschnitte in das Streik- sowie in das Demonstrationsrecht

per Dekret oktroyiert; vom argentinischen Kongress will er sich die Kompetenz übertragen lassen, für zwei Jahre per Dekret ohne parlamentarische Zustimmung zu regieren.

- Milei hatte im Wahlkampf unter anderem über den Austritt Argentiniens aus dem Mercosur spekuliert; dieser hätte das Abkommen hinfällig gemacht. Mittlerweile ist davon keine Rede mehr.
- Den Beitritt zum BRICS-Bündnis zum 1. Januar 2024, den die Vorgängerregierung ausgehandelt hatte, hat er zum jetzigen Zeitpunkt abgesagt. Stattdessen orientiert er vorrangig auf eine Kooperation mit den Vereinigten Staaten, die er Ende November bereits vor seiner Vereidigung besucht hat, um seine ersten Absprachen mit der US-Administration zu treffen.
- ... hat er am 20. Dezember in einem Präsidialdekret (Decreto de Necesidad e Urgencia) den Notstand ausgerufen und mehr als 300 Maßnahmen oktroyiert, die etwa das Arbeitsrecht aushöhlen, Mietbeschränkungen aufheben und die Privatisierung von Staatsunternehmen forcieren.
- Schätzungen zufolge hat die argentinische Bevölkerung bereits in Mileis erstem Monat im Amt 15 Prozent ihrer Kaufkraft verloren – beinahe doppelt so viel wie in der gesamten Amtszeit von Mileis Amtsvorgänger Alberto Fernández
- Schließlich verlangt Milei, mit dem die Bundesregierung eine „enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit“ anstrebt, von beiden Kammern des argentinischen Parlaments, es ihm für zwei Jahre zu erlauben, per Dekret zu regieren.
- Unabhängig davon hat die Justiz erste Maßnahmen gestoppt; so wurden arbeitsrechtliche Deregulierungen, etwa die Kürzung des Mutterschutzes oder eine Verlängerung der Probezeit, gerichtlich unterbunden. Außerdem haben massive Proteste aus der Bevölkerung begonnen. Zu ersten Demonstrationen kam es bereits am 20. Dezember, gerade einmal zehn Tage nach Mileis Amtsantritt. Für den 24. Januar ist ein Generalstreik angekündigt. Ein heftiger Kampf gegen die Notstandsdekrete ist in vollem Gange.

Das sieht nicht gut aus, für Milei.

Guyana – Venezuela

Auch Mittelamerika will nicht zur Ruhe kommen. So sah sich die ehemalige Kolonialmacht Guyanas, Großbritannien, bemüht, ein Kriegsschiff in die Region zu entsenden.



Der Anlass:

Vor der Küste Guyanas wurden reiche Ölvorkommen entdeckt, was bei der Nachbarschaft zum ölfreien Venezuela auch nicht verwundert. Trotz aller weltweiten Bemühungen um die Dekarbonisierung zur Rettung des Klimas, hat Öl seinen Wert aber immer noch nicht verloren, und so hat der große Nachbar Venezuela seine Finger ausgestreckt, um sich zumindest einen Teil Guyanas, nämlich die Region Essequibo, einzuverleiben, die Venezuela schon immer als eigenes Staatsgebiet ansieht.

Begonnen hat es 1616 mit den Holländern, die dort ihre Provinz Essequiba in Besitz nahmen. 161 Jahre später wurde Venezuela die Statthalterschaft über diese Provinz übertragen, und 1814 übertrugen die Niederländer einen Teil ihrer Kolonien – und damit Essequibo – an Großbritannien. 1899 zog eine von GB und Venezuela verabredete Schiedskommission die Grenze zwischen Venezuela Britisch Guyana. Im Zuge

der Unabhängigkeit Guyanas begann der Streit um die Grenze, der durch eine neue Schiedskommission geschlichtet werden sollte, die aber nie zu einem Ergebnis kam.

[Die jüngste Entwicklung](#) sieht nun so aus, dass Venezuelas Präsident Maduro im Dezember letzten Jahres in Venezuela eine Volksabstimmung abhalten ließ, die unter den Venezolanern eine überwältigende Mehrheit für die „Annektion“ Essequibos erbrachte.

Das verunsicherte die Briten, die das Patrouillenschiff HMS Trent nach Guyana entsandten, um bei dem befürchteten Einmarsch Venezuelas eingreifen zu können.



Maduro hat daraufhin ein Manöver mit 5.600 Soldaten nahe der Grenze zu Guyana angeordnet.

Diese Entwicklung muss auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die USA erst im Oktober die befristete Aussetzung von Sanktionen gegen die venezolanische Öl-, Gas- und Goldindustrie verkündeten. Damit entsteht der Verdacht, dass es hier weniger um den Streit zwischen Guyana und Venezuela gehen könnte, sondern vielmehr um die Auseinandersetzung zwischen den USA und GB um den Zugriff auf die Ölreserven der Region.



Europa

Auch in Europa geht es mit den Briten weiter, aber nur in diesem Vorwort. Es heißt nämlich, die britische Wirtschaft sei auf dem besten Wege Deutschland den Rang abzulaufen.

Weiter heißt es, dass die Folgen des BREXIT für GB entweder übertrieben dargestellt wurden, oder einfach nur unzulänglich erforscht sind. Von beiden Aussagen fühle ich mich in meinen Einschätzungen zum BREXIT bestätigt.

Aber lesen Sie das [hier](#) selbst.

Ungarn

Victor Orban ist immer für eine Überraschung gut. Da geht es aber nicht nur immer um die Torpedierung der EU-Migrationsrichtlinien und den Versuch, innerhalb der EU so eigenständig, wie möglich zu bleiben.

Das jüngste Beispiel dafür ist sein Coup, den größten chinesischen Hersteller von E-Mobilen, BYD, zur Ansiedlung eines Werkes in Szeged zu bewegen. BYD selbst verkündet, Ungarn solle das Zentrum seiner europäischen Aktivitäten werden.

Nach mehreren Batteriefabriken kommt jetzt also auch die Automobilproduktion nach Ungarn.

Die Versuche der EU, die Einfuhr von chinesischen Automobilen in die EU zu unterbinden, sind mit der Ansiedlung von BYD in Ungarn krachend gescheitert. Den etwas [schadenfreudigen Bericht](#) von RT können Sie hier nachlesen.

Polen

Die Wiederkehr des Donald Tusk als Regierungschef wird Polen noch lange beschäftigen.

In meiner Erinnerung war in Polen, seit Lech Walesa den Streik der Wertarbeiter anführte, politisch nicht mehr so viel los, wie heute.

Der Start Tusks, der nicht nur sofort zwei Politiker der vorigen Regierungspartei verhaften ließ, sondern auch die Staatsmedien in einer Gewaltaktion umkremelte und unter seine Kontrolle brachte, hat zu Massendemonstrationen gegen die gerade frisch installierte Regierung geführt.

Den Umbau des öffentlich-rechtlichen Rundfunks hat das Verfassungsgericht gestoppt. Die Auflösung der Sendeanstalten TVP und PR, sowie die Neubesetzung entscheidender Posten in den Sendern sei mit geltendem Recht nicht in Einklang zu bringen.

Tusk, beziehungsweise dessen zuständigem Minister, ist dieses Urteil allerdings egal. Das Urteil habe keine rechtliche Bedeutung erklärte Kulturminister Sienkiewicz, weil eben dieses Verfassungsgericht nicht unabhängig sei.

Um die Unabhängigkeit des Verfassungsgerichts ging ja der langwierige Streit, der zuletzt vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gegen die Vorstellungen der PiS entschieden worden war.

Auch wenn hierzulande kaum davon berichtet wird: Polen steht vor einem [Verfassungsproblem](#), das Tusk mit der Brechstange entscheiden will. Ich sehe eine gewisse Parallele zu Milei in Argentinien, und zwar im Widerstand der Bevölkerung gegen die Diskrepanz zwischen Heilsversprechen des Gewählten und seiner Realpolitik finden lässt.

Frankreich

Macron hat mal eben seine Regierung ausgetauscht. Das kostete ihn ein Gespräch mit Premierministerin Élisabeth Borne, und schon reichte sie ihren Rücktritt ein. Ihr Nachfolger steht mit Gabriel Attal inzwischen fest. Doch bleiben wir zunächst bei Madame Borne.

Die Diplomingenieurin für Straßen- und Brückenbau tingelte seit 1987 in diversen Funktionen durch die Ämter und Behörden Frankreichs. Nach zehn Jahren war sie im Umfeld des damaligen Premiers Jospin als Beraterin für Verkehr und Stadtentwicklung angekommen. 2002 wechselte sie zur Staatsbahn SNCF, 2007 zu einem Bauunternehmen, 2013 übernahm sie politische Verantwortung als Präfektin des Departements Vienn, 2015 wurde sie als Präsidentin und Generaldirektorin des Staatsunternehmens RATP verantwortlich für den öffentlichen Personenverkehr im Großraum Paris.

Nachdem sie 2017 in die Macron-Partei eingetreten war, ernannte sie Macron zur „beigeordneten Ministerin“ für Verkehr im Ministerium für den ökologischen und solidarischen Übergang, zwei Jahre später übernahm sie das Ressort für den ökologischen und solidarischen Übergang selbst, um vor knapp zwei Jahren, am 16. Mai 2022 zur Premierministerin ernannt zu werden. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung im Juni des gleichen Jahres verlor das Macron-Lager die parlamentarische Mehrheit, was Borne zum ersten Mal veranlasste, ihren Rücktritt anzubieten, was Macron jedoch ablehnte.

Letztes Jahr wurde es allerdings knapp für die Regierung. Zwei Misstrauensanträge hat Borne überstanden, aber mindestens eine Million Franzosen (die Gewerkschaften haben 3,5 Millionen gezählt) gingen gegen die Regierung auf die Straße.

Élisabeth Borne reichte am 8. Januar 2024 zum zweiten Mal ihren Rücktritt ein und dieses Bäuerinnenopfer wurde von Macron diesmal gerne angenommen, gab sie doch einen hervorragenden Sündenbock für das im Dezember verabschiedete, verschärfte Migrationsgesetz ab, dem 37 Abgeordnete der Regierungspartei nicht zustimmten. Gesundheitsminister Rousseau trat wegen dieses Gesetzes zurück.

Bei positiver Würdigung dieser Vita ist festzuhalten: Sie ist ganz schön herumgekommen und hat Gelegenheit gefunden, in Positionen, bei denen ihr ihre im Studium erworbenen Kenntnisse sicherlich nützlich waren, vielfältige Erfahrungen zu sammeln. Es entsteht der Eindruck, dass es ihr überwiegend um „die Sache“ gegangen sein dürfte, was grundsätzlich für ein hohes persönliches Engagement in allen Funktionen spricht. Ob „die Politik“ mit ihren Intrigen und Querelen für sie das Parkett war, auf dem sie gerne tanzte, wage ich allerdings zu bezweifeln.

Von ihrem Nachfolger, Gabriel Attal, ist längst nicht so viel zu berichten, was man von einem erst knapp 35-Jährigen auch nicht erwarten kann. Warum aber hat Macron ausgerechnet diesen jungen Mann mit spärlicher Lebenserfahrung zu seinem Premierminister gemacht?

Eine Erklärung drängt sich auf. Der Mann ist jung, hat eine dynamische Ausstrahlung, ist offen schwul – und vor allem – ein Young Global Leader aus dem Stall des Herrn Schwab, wie auch Macron, und wie der Kanadier Trudeau, die allesamt schon rein optisch, wie mit einem einheitlichen Branding, den gleichen Markenkern verkörpern.



Lassen Sie mich boshaft spekulieren:

Attal wird für Macron ein „bequemer“ Premierminister sein. Schon, weil er praktisch von nichts eine Ahnung hat, ein Problem, das durch ein Studium der Politikwissenschaften nicht kompensiert, sondern eher noch verstärkt wird, wird er allen Anweisungen folgen, schon um nicht selbst verantwortlich gemacht werden zu können.

Frankreichs amtierende Politik-Elite folgt damit Deutschland – mit einem Abstand - einen weiteren Schritt auf dem Pfad des intellektuellen Verfalls in eine Ära, die Historiker späterer Zeiten vielleicht als die „Baerbockianische Epoche“ bezeichnen werden, und machen sich noch abhängiger von den Weisungen der grauen und blauen Eminenzen im Hintergrund.



Deutschland

Master of Disaster

Energie-Desaster 1

Wer hätte das gedacht?

ARAL, Tankstellenbetreiber der Premium-Klasse, wollte seinen Premium-Kunden bis 2030 rund 20.000 ultraschnelle Premium-Ladepunkte zur Verfügung stellen, um die vielen Millionen E-Mobile, die dann über Deutschlands Schlaglöcher flitzen werden, mit Strom zu versorgen.

Nun „erlebt“ ARAL an allen Ecken und Enden der Republik leidvoll das, was man im Wortsinn „Ernüchterung“ nennen muss. Das Leitungsnetz ist zu schwach, um den Strom in den benötigten Quantitäten transportieren zu können. Die verlegten Kabel verfügen nicht über den notwendigen Querschnitt, würden sich überhitzen, brennen und explosionsartig im Kurzschluss enden.

Was der Elektriker-Lehrling im ersten Lehrjahr verstanden haben sollte, ist den großen Vorsitzenden der Energiewende-Agenda offenbar bis heute unbekannt gewesen.

Voraussichtlich wird nun also der Netzausbau noch einmal beschleunigt werden. Dann klappt das schon.

Der Witz, der zum Heulen ist, wurde jüngst von der Bundesnetzagentur erzählt: Das kostet bis 2030 ungefähr [550 bis 750 Milliarden Euro](#). Extra! Damit steigen die Strompreise in Deutschland ja nur um etwa 20 Cent pro Kilowattstunde.

Doch selbst die Annahme, dass sich dann die Ladepunkte für Millionen Automobile mit Strom versorgen ließen, lässt sich nur im Zustand totaler Dekarbonisierungs-Besoffenheit aufrecht erhalten.

Wenn 2030 die Kabel ausgetauscht worden sein sollten, wird man feststellen, dass der Strom, den man über diese Kabel zu den Abnehmern transportieren könnte, weder im eigenen Land produziert, noch aus dem Ausland importiert werden kann.

Noch nicht einmal jene 50 neuen Gaskraftwerke, die der Kohleausstieg erfordert, um danach den „normalen“ Strombedarf Deutschlands (also ohne E-Mobilität, ohne Wärmepumpen und ohne grünen Wasserstoff) zu decken, werden 2030 noch nicht am Netz sein. Es gibt ja bisher weder Pläne, noch Investoren und schon gar keine Baugenehmigungen dafür.

Energie-Desaster 2

Deutschland hat sich ja durch [Verstaatlichung](#) des russischen Unternehmens Gazprom Germania den eigenen Energieversorger „SEFE“ geschaffen, der nun alles tut, um überall auf der Welt Flüssiggas zusammenzukaufen.

Ausgerechnet diesem deutschen Staatsunternehmen, das dem Ministerium für Klimaschutzwirtschaft des Robert Habeck untersteht, sind nun die Klimaschützer in den USA ein Dorn im Auge. Diese Klimaschützer wollen nämlich den Bau von Exportterminals für Flüssiggas verhindern, was das – ich nenne es einmal: „Ampel-Regierungs-Unternehmen“ – SEFE veranlasste, bei Jo Bidens Administration einen [Bittbrief](#) einzureichen. Da heißt es:

Das besonders große, geplante Terminal CP2 sei für die Energiesicherheit Deutschlands lebensnotwendig. Sollte die US-Regierung den Bau nicht rasch genehmigen, drohten Versorgungsprobleme in der EU.

Wie war das noch, mit den enormen Risiken, welche die totale Abhängigkeit von russischem Gas zu einer steten Bedrohung für Deutschland werden ließ? Seit Beginn der russischen Lieferungen in den 70er Jahren gab es nie ein Problem. Die Probleme haben erst begonnen, als wir uns von der Ampel von dieser Abhängigkeit befreien ließen.

Und nun muss die Klimaschutzampel die US-Regierung bitten, sich nicht von ihren Klimaschützern beeinflussen zu lassen.

Wenn es einen Treppenwitz der Weltgeschichte gibt, dann ist es dieser.

E-Mobilitäts-Desaster 1

Autovermietung ist ein hartes Geschäft, und die Jungs, die das betreiben, können nicht nur rechnen, sie sind auch gut darin, Pläne zu überarbeiten und zu verändern, wenn die bisherigen Annahmen sich als nicht mehr gültig erweisen.

Der Autovermieter Hertz, der eine Flotte von 20.000 Teslas (vermutlich zu Dumping-Preisen) eingekauft hat, und eigentlich beabsichtigte, die Flotte auf 100.000 Teslas auszubauen, dazu noch 65.000 E-Mobile von Polstar, hat die Notbremse gezogen und trennt sich mit einem Abschreibungsbedarf von 245 Millionen Dollar von seinen 20.000 Teslas. Jetzt werden wieder Verbrenner eingekauft. Begründung: Vor allem die überaus hohen Reparaturkosten haben die Wirtschaftlichkeit verhagelt.

Auch Sixt hat sich gleichlautend geäußert und wird keine Teslas mehr vermieten.

Nun verhalten sich Privatkunden etwas anders als Profis. Besonders jene Menschen, deren psychische Gesundheit davon abhängt, dass sie immer „das Neueste“ besitzen, haben sich natürlich auch auf Tesla & Co. gestürzt, wobei die Mehrheit nicht anders kann, als voll des Lobes zu sein, was allerdings nur wieder einmal dem Effekt entspricht, den Eugen Roth mit seinem Sechszweiler vom missratenen Schnitzel auf den Punkt gebracht hat:

Ein Mann, der sich ein Schnitzel briet,
bemerkte, dass ihm das missriet.
Jedoch, da er es selbst gebraten,
tut er, als wär es ihm geraten,
und, sich nicht selbst zu strafen Lügen,
isst er's mit herzlichem Vergnügen.

Menschen ohne diesen Charakterzug, vor allem, wenn sie auch noch rechnen müssen, um mit dem Budget auszukommen, sind eher zurückhaltend, zumal die „Stromer“ auf dem Gebrauchtwagenmarkt gar keine gute Figur mehr abgeben.

E-Mobilitäts-Desaster 2

Spätestens mit der unvermittelten Streichung der staatlichen Kaufprämie für E-Mobile im Dezember wird sichtbar, dass der Hype um die E-Mobile ein künstlich mit Brandbeschleunigern angefachtes Strohfeuer war.

Unverkäufliche Stromer hatten sich zwar schon länger auf Halde angesammelt, doch nun sah es fast schon so aus, als ginge die komplette Produktion direkt vom Band auf Halde, und das führte zu einem Preiskampf der Anbieter, der noch immer anhält. Hier ausgeführt am [Beispiel VW](#). Aber VW ist nicht alleine betroffen. Es beutelt die gesamte Branche in Deutschland, auch weil der chinesische Markt deutlich enger geworden ist.

Nun darf man nicht davon ausgehen, dass die Rabatte, die derzeit gewährt werden, in den kalkulierten Preisen schon vollständig berücksichtigt worden seien. Was hier stattfindet ist so eine Art Schlussverkauf. Es heißt: Alles muss raus! Zu Preisen, die auch unter den Herstellungskosten liegen, Hauptsache, es kommt überhaupt noch Geld ins Haus.

Das wird tiefe Spuren in den Bilanzen hinterlassen, vor allem dann, wenn die Fertigerzeugnisse nicht mehr mit den Herstellungskosten, sondern mit dem Marktwert bewertet werden müssen, der sich im Spannungsfeld zwischen Schrottpreisen und Entsorgungskosten in der Nähe von null einpendeln dürfte.

Wer sich jetzt deutsche Automobilaktien ins Depot nimmt, dürfte viele unruhige Nächte vor sich haben.

Wirtschaftsdesaster 1

Die Krise im Immobiliensektor hält an. Die Preise fallen sowohl bei Wohn- als auch bei den Gewerbeimmobilien. Der [EZB warnte](#) dabei, hier liege ein Potenzial, das Stresssituationen verstärken und die Gefahr systemrelevanter Verluste bei Banken, Versicherern und Investmentfonds zunehmen ließe.

Mit der Pleite des österreichischen Immobilien Moguls René Benko hat die Immobilienkrise mit der noch nicht einmal halb fertigen Bauruine des [Hamburger Elbtowers](#) nun ihr keineswegs leuchtendes Wahrzeichen.

Wie viele weitere Projektgesellschaften der SIGNA-Gruppe in Deutschland inzwischen Insolvenz angemeldet haben, kann ich nicht überblicken, aber dass es viele, zu viele, sind, ist offenkundig.

Dabei sind die Projektgesellschaften nicht das eigentliche Problem. Da tummeln sich Architekten, Lobbyisten, Finanzierungs- und Vermarktungsspezialisten in jeweils relativ geringer Zahl, deren Verschwinden weder im BIP, noch in der Arbeitslosenstatistik zu erkennbaren Ausschlägen führt.

Das Problem ist das Baugewerbe insgesamt, dem jetzt sicher geglaubte und bereits fest eingeplante Aufträge im Milliardenumfang fehlen, von denen der größte Teil in absehbarer Zeit nicht ersetzt werden kann.

Wirtschaftsdesaster 2

Nicht nur die Binnenkonjunktur lahmt, auch der Export ist rückläufig. Das zeigt sich an den Zahlen für die Exporte in die USA und nach China. Insgesamt fielen die Exporte in Nicht-EU-Staaten im Dezember im Vergleich zum Vormonat um 4 Prozent. Im Vergleich zum Dezember 2022 war ein Minus von nominal 9,2 Prozent zu verzeichnen. Kalender- und saisonbereinigt schrumpfte dieses Minus zwar auf 1,7 Prozent zusammen, aber es war eben ein Minus, und das bedeutet auch einen Einbruch in der Handelsbilanz, zumal im Gegenzug die Energieimporte aufgrund der Preissteigerungen zugenommen haben.

Im Handel mit den USA schrumpften die Exporte im Vorjahresvergleich um 9,9 Prozent, im Handel mit China um 12,7 Prozent. Das [IfW Kiel](#) sieht die Lage sogar so, dass es für Deutschland aus China keine Wachstumsimpulse mehr geben wird.

Das Geschäft mit Großbritannien konnte hingegen mit einem Plus von fast 20 Prozent deutlich ausgebaut werden. Das liegt aber weniger an Deutschland, sondern vielmehr am deutlichen Wachstum bei den Briten. Aktuelle Studien gehen davon aus, dass GB in den nächsten 15 Jahren die [leistungsstärkste große Volkswirtschaft](#) in Europa sein wird.

Afrika-Desaster

Kanzler Scholz hat anlässlich der Investitionskonferenz „Compact with Afrika“ den teilnehmenden afrikanischen Ländern seine Auffassung von einer klassischen „Win-win-Situation“ sinngemäß so beschrieben:

Die afrikanischen Staaten reformieren ihre Wirtschaft, stärken gute Regierungsführung, dann investieren wir (vier Milliarden bis 2030) in Anlagen zur Herstellung von grünem Wasserstoff.

Dazu gibt es eine bezeichnende Aussage der Generaldirektorin der WTO, Ngozi Okonjo-Iweala:

"Wenn wir mit China sprechen, bekommen wir einen Flughafen. Wenn wir mit Deutschland sprechen, bekommen wir eine Belehrung."

Ein Beitrag von RT hat den Ballon der deutschen Hoffnungen angestoßen und [die Luft herausgelassen](#).

Bürokratie-Desaster

Am 2. Januar habe ich mich [hier](#) über den Widerspruch zwischen dem Anstieg der Erwerbstätigkeit und dem Schrumpfen des BIP ausgelassen.

Dabei habe ich herausgearbeitet, dass die produktive Basis Deutschlands – also das produzierende Gewerbe, die Bau- und die Land- und Forstwirtschaft nur ein Viertel der Erwerbstätigen (11,7 Millionen) beschäftigt, während drei Viertel (34,6 Millionen) ihre Brötchen im Dienstleistungssektor verdienen.

Aktuelle Zahlen besagen nun, dass schon Ende 2022 innerhalb des Dienstleistungssektors 5,2 Millionen Beschäftigte dem öffentlichen Dienst zuzuordnen waren. Das Agieren der Ampel lässt erwarten, dass der Personalaufbau im öffentlichen Dienst auch 2023 munter weitergegangen ist. Auch wenn die endgültigen Zahlen noch nicht zur Verfügung stehen, dürfte klar sein, dass wir inzwischen eher bei 5,3 Millionen angekommen sein dürften.

Was das bedeutet, muss man sich mit kleineren, überschaubaren Zahlen klar machen. Zum Beispiel damit, dass für jeden Einwohner (die Angehörigen des öffentlichen Dienstes eingeschlossen) pro Woche gut 2 Stunden öffentliche „Verwaltungsarbeit“ geleistet werden.

Oder damit, dass sich unter je 16 Einwohnern – vom Neugeborenen bis zum Greis – je einer befindet, der im öffentlichen Dienst beschäftigt ist, aber nur zwei, die im engeren Sinne produktiv tätig. Von den übrigen 13 sind 5 im Dienstleistungsgewerbe tätig, während 8 nicht erwerbstätig sind (Kinder, Rentner, Arbeitslose, etc.).

Die Frage: “Was tun die alle?“, bezogen auf die aktuell vermutlich schon 5,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, könnte satirisch überspitzt lauten:

„Sie sind voll damit beschäftigt, sich überlastet zu fühlen.“

Dazu passt dann die Aussage des [Deutschen Beamtenbundes](#), im öffentlichen Dienst fehlen 500.000 Beschäftigte. An dieser Zahl will ich gar nicht zweifeln. Der Beamtenbund hat die Aufgaben, den daraus erwachsenden Arbeitsumfang und die Zahl der jeweils verfügbaren Mitarbeiter in allen staatlichen Gliederungen gegenüber gestellt, und ist zu dem Schluss gekommen, dass eine weitere halbe Million Mitarbeiter erforderlich sei, um die Aufgaben vollständig, ordentlich und termingerecht erledigen zu können.

Ich zweifle nur daran, ob die Schlussfolgerung in die richtige Richtung zielt. Würde nicht eher ein Schuh daraus, wenn der Beamtenbund fordern würde, rund 10 Prozent der Aufgaben, die dem öffentlichen Dienst – meist ad hoc, und meist ohne hinreichende Vorbereitungszeit – aufgebürdet werden, schlicht und einfach gestrichen werden, bzw. dass sich der Gesetzgeber, der diesen Aufwand ja verursacht, mit neuen Gesetzen und Verordnungen, die den öffentlichen Dienst belasten, doch soweit zurückhalten möge, dass eben keine Überlastung eintritt.

Ist doch klar: Wenn die Finanzverwaltungen neben ihrer laufenden Arbeit mit der Mammutaufgabe der zeitgleich abzugebenden Grundsteuererklärungen aller Immobilienbesitzer belastet werden, dann ist das eigentlich nicht zu schaffen. Wenn den Gemeinden aufgebürdet wird, Unterkünfte, die es nicht gibt, für immer mehr Migranten zu schaffen, dann werden Unmengen an Arbeitszeit ergebnislos verschwendet. Wenn die Kommunen dazu verdammt werden, eine Wärmeleitplanung aufzustellen, dann bindet das extrem viele Kapazitäten, die anderswo fehlen. Und solcher Beispiele gäbe es noch viel mehr.

Es sind Zauberlehrlinge, die glauben, der Netzausbau könnte ohne Befassung von Ämtern und Dienststellen des öffentlichen Dienstes vollzogen werden, wo doch schon jede Windkraftanlage, trotz Genehmigungs-

beschleunigungsgesetz jede Menge Arbeit macht, die zu Zeiten konventioneller Stromerzeugung einfach nicht angefallen ist.

Glücklicherweise ist der Ansturm der Geschlechtsumwandler auf die Standesämter bisher so vollständig ausgeblieben, dass sich das ganze Gesetz als absolut überflüssig und unnützlich erwiesen hat. Aber wenn der erwartete Ansturm gekommen wäre – wer hätte dann die Arbeit machen müssen?

Dass der Beamtenbund dann noch „konkurrenzfähige“ Gehälter fordert, um die erkannte Lücke füllen zu können, ist zwar verständlich, hilft aber nicht weiter, so lange die Regierung sich nicht besinnt und ihre Anforderungen nicht zurückschraubt. Dass damit nicht zu rechnen ist, lässt sich an einer Aussage des Bundesvorsitzenden des Beamtenbundes, Ulrich Silberbach, klar ablesen. Zum Thema Digitalisierung und Bürokratieabbau erklärte er: „Die Bundesregierung ist an unserer Expertenmeinung nicht interessiert. Das merken wir schon daran, dass uns in Gesetzgebungsverfahren oft nur noch 24 Stunden Zeit für Stellungnahmen eingeräumt werden. Das ist kein ernsthafter Dialog.“

Vertrauens-Desaster

Die Zustimmung der Deutschen zur Amtsführung des Bundeskanzlers, zu den Vorhaben der Regierungsmannschaft und zu Absichten der drei Regierungsparteien ist auf einen katastrophalen Tiefstand.

Immer mehr tritt hier eine verbohrte Minderheit in Erscheinung, die [sturheil ihren Weg geht](#) und aufgrund der bereits eingetretenen Schäden und Probleme nicht mehr in der Lage ist, ihre Politik sachlogisch zu begründen, und wo sie dennoch den Versuch unternimmt, nicht mehr ernst genommen, sondern lauthals ausgebuht wird.

Der Versuch, sich damit zu retten, dass jeder, der es wagt, eine auch noch so sachliche und konstruktive Kritik vorzutragen, ins Lager der Rechtsextremisten verbannt wird, verfängt längst nicht mehr. Was bleibt also anderes übrig, als alles Rechtsextreme zu verbieten und zugleich die gesamte eigene Anhängerschaft in Massenaufmärschen auf die Straße zu schicken, um die Illusion zu nähren, das ganze Volk, außer einigen wenigen irreführenden Figuren, stünde in Treue fest hinter Scholz und seiner Mannschaft?

Es wird jetzt doch die allgemeine Einsicht gedeihen, dass ihnen wirklich nichts anderes mehr übrig bleibt, dass sie längst aus dem letzten Loch pfeifen und von einem Desaster ins nächste Wanken.

Momentan erleben wir noch die Phase des „Wild-um-sich-Schlagens“, doch die Agonie, die sich in der willenlosen Anlehnung an den großen Bruder ausdrückt, hat zweifellos bereits begonnen.

Statt aus der Corona-Pandemie, aus den eigenen Fehlern und den Fehlern der WHO zu lernen, ist man bereit, die Gesundheitspolitik in die [Hände der WHO](#), ihrer Sponsoren und ihrer in keiner Weise demokratisch legitimierten Funktionäre zu legen.

Statt aus den Abenteuern der Bundeswehr in Afghanistan und Mali den Schluss zu ziehen, dass die Bundeswehr als Verteidigungsarmee aufgestellt wurde, schiebt man auf Geheiß Washingtons ganze Brigaden, mitten im Frieden, ins Baltikum an die russische Grenze und beteiligt sich zudem mit Hurra am [größten Manöver aller Zeiten](#), in dem erklärtermaßen der Krieg gegen Russland geübt wird.

Statt sich die Argumente der Bauern, Handwerker und Spediteure anzuhören und mit den Betroffenen nach echten Lösungen zu suchen, werden ihre [Proteste](#) in die rechte Ecke gestellt und eine friedliche Demonstration an einem Fähranleger zur nächsten Hetzjagd hochstilisiert.

Statt sich mit den Sorgen der von Migranten überfluteten [Kommunen](#) ernsthaft zu befassen, werden mit Fachkräftezuwanderungsgesetz, Einbürgerungsvereinfachung und einem Schutzschirm für die so genannten „Seenotretter“ immer weitere Pullfaktoren geschaffen.

Statt als Eigentümer in den Tarifstreit zwischen Bahn und Gewerkschaft einzugreifen, ob vermittelnd, oder offen das äußerste Angebot vorlegend, sei dahingestellt, lässt man den Bahnvorstand, der auf die Erfüllung seiner betriebswirtschaftlichen Ziele verpflichtet ist, in der Auseinandersetzung mit der GDL alleine, weil es den Bund ja nichts angeht, wenn durch den Streit, der in ein paar Wochen sowieso mit einer Einigung beendet wird, die Volkswirtschaft in wenigen Tagen [Schäden](#) in einer Gesamthöhe von bis zu einer Milliarde Euro erleiden wird.

In meinem Buch „Wo bleibt die Revolution?“, habe ich einige Gedanken zum Überleben des politischen Systems dargelegt und dabei drei Abstufungen herausgearbeitet, auf denen das Überleben des Systems gesichert werden kann.

Stufe 1 beschreibt die Mindestanforderungen:

Die Summe der Ergebnisse des wirtschaftlichen Handelns einer Volkswirtschaft muss mindestens ausreichen,

- *um die materielle Basis des nicht produktiven politischen Systems (Legislative, Exekutive und Judikative) sicherzustellen und*
- *den minimalen Selbsterhalt sowie die notwendige Reproduktionsrate der produktiven Bevölkerung zu gewährleisten.*

Die Einhaltung dieser einfachen Regel genügt, um feudalistische oder diktatorische Regime mit starken, vorwiegend nach innen gerichteten, militärischen oder paramilitärischen Repressionskräften über lange Zeiträume stabil zu halten.

Typische Ausprägungen von Volkswirtschaften, die lediglich nach der Regel der Mindestproduktivität arbeiten, fanden sich, historisch betrachtet, in Gesellschaften, in denen weltliche und kirchliche Fürsten, abgestützt auf die durch Repression ausgebeutete Arbeitskraft ihrer Leibeigenen, ein Zwei-Klassen-System installieren und aufrecht halten konnten. Es sind zugleich die Erscheinungsformen einer Reihe von – trotz scheinbar demokratischer Wahlen – immer noch bestehenden Diktaturen auf dem afrikanischen Kontinent.

Aus dieser Mindestproduktivitäts-Regel ergeben sich jedoch Ableitungen, die höchst interessant sind:

1. Der Aufwand für die Repression steigt mit dem Maß der Ausbeutung der produktiven Bevölkerung und mindert damit den erhofften Mehrnutzen für die Teilhaber des politischen Systems bis an den Punkt, an dem die absolute Leistungsobergrenze einer Volkswirtschaft erreicht ist.
2. Wird dieser Punkt überschritten, kommt es zum Zusammenbruch der Ordnung. Sei es, dass Aufstände aufflackern, sei es, dass Polizei und Militär die Gefolgschaft aufkündigen, sei es, dass innerhalb der Machtelite Verteilungskämpfe um die Anteile an der Beute ausbrechen – immer ist mit einer chaotischen Phase zumindest partieller Unregierbarkeit zu rechnen.
3. Chaotische Phasen stellen jedoch eine Einladung an die Kräfte außerhalb dar, sich das (vorübergehend) paralysierte

Staatswesen ganz oder in Teilen anzueignen. Oft unter dem Vorwand, wieder Frieden und Ordnung ins Land bringen zu wollen, ziehen fremde Mächte ein und übernehmen das politische System und die damit verbundenen Pfründen.

Derartige kriegerische Überfälle auf Staaten mit geschwächter Führung ziehen sich wie ein blutroter Faden durch die Geschichte aller Nationen und haben auch in der Gegenwart immer noch Konjunktur. Chaotische Phasen in „Staatsgeschichten“ können jedoch auch andere Ursachen haben. Vor allem Einflüsse der Natur, wie Dürreperioden, Überschwemmungen, Epidemien, Vulkanausbrüche oder Erdbeben, führen dazu, dass der Eigenbedarf der produktiven Bevölkerung steigt, während die Zahl der verfügbaren produktiven Kräfte durch solche Ereignisse nicht selten reduziert wird. Dies führt – sozusagen auf natürlichem Wege – an den vorbeschriebenen Punkt, an dem die Leistungsobergrenze erreicht ist – und damit der materielle Erhalt des politischen Systems nicht mehr sichergestellt werden kann.

Andere Einflüsse, die allerdings schwerer nachvollziehbar sind, kommen aus einem wachsenden, manchmal sogar übersteigerten Selbstbewusstsein der Bürger. Erinnerung sei an die Zeiten, als sich über dem einfachen Bauernstand die Zünfte der Handwerker organisierten – und im Wissen um ihre „Unersetzlichkeit“ für die Bedürfnisse der Herrschenden, in langwierigem und zähem Ringen das Recht erstritten, als freie Bürger in freien Städten leben und arbeiten zu dürfen.

Auch solche Einflüsse sind in der Gegenwart nicht selten. Immer aufgeklärtere Bürger in vielen Staaten dieser Welt fordern immer mehr Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinwesens und ihres eigenen Lebens. Es kam so zu politischen Konkurrenzen, deren Wurzeln außerhalb des dicht geschlossenen Zirkels alter Machteliten lagen. Sozialisten, Linke, Gewerkschaftler, Kommunisten und wohlmeinende Altruisten führten und führen Aufstände und Revolutionen an, die nicht aus der Qual der maximalen Ausbeutung geboren sind, sondern aus dem originären Wunsch nach wahrer Freiheit und angemessener, bzw. gerechter Teilhabe am Bruttosozialprodukt.

Wo solche Revolutionen in der Lage waren, bzw. sind, dem politischen System die Handlungsfähigkeit zu nehmen, standen und stehen auch heute die „sich freuenden Dritten“ an den Grenzen

und verschaffen sich Einlass. Venezuelas Maduro hält sich zwar noch und konnte im Frühjahr 2020 einen (unprofessionellen) Söldner-Angriff abwehren, doch stellt sich nicht die Frage, ob er sich halten können wird, sondern eigentlich nur die Frage: Wie lange noch. Es müssen übrigens nicht Soldaten sein, die eine Revolution revidieren – eine gefälschte Wahl, die eine globalisierungsfreundliche Regierung an die Macht bringt, reicht völlig, um die Interessen der „Eliten“ wieder zu befriedigen.

Stufe 2 erweitert das System um die Elemente der Krisenvorsorge

Die Volkswirtschaft muss darüber hinaus aus ihren laufenden Erträgen den Aufwand

- *für ausreichende Verteidigungsmaßnahmen gegen zu erwartende Angriffe von außen,*
- *zum Aufbau von Vorräten für mit gewisser Wahrscheinlichkeit eintretende Notsituationen und*
- *zur Erkennung und Auflösung innerer Widerstandstendenzen*

erwirtschaften.

Reine Despotien missachten diese Regel, um stattdessen den kurzfristigen Vorteil maximaler eigener Bereicherung wahrzunehmen. Doch auch diese nur geringfügige Erweiterung der Mindestproduktivitätsregel genügte schon, um z. B. die europäischen Nationalstaaten des 18. und vor allem des 19. Jahrhunderts und ihre herrschenden Monarchien trotz vieler kriegerischer Auseinandersetzungen einigermaßen stabil zu erhalten. Um die zusätzlichen Aufgaben auch erfüllen zu können, kam es jedoch darauf an, einerseits das Bevölkerungswachstum zu fördern und andererseits die Produktivität der industriellen Erzeugung zu steigern.

Damals war es die Dampfmaschine des James Watt, die den Menschen erstmals die Möglichkeit einer standortunabhängigen und praktisch beliebig skalierbaren Energiegewinnung bot. Wind- und Wassermühlen, sowie die Ausnutzung der Kraft von Pferden und anderen Tieren, verschwanden schnell und bis auf wenige denkmalgeschützte Reste aus der Welt. Der neu gewonnene Reichtum weckte Begehrlichkeiten und musste geschützt werden.

Volkswirtschaft entwickelte sich mehr und mehr zur Kriegswirtschaft. Industrie war in weiten Teilen Rüstungsindustrie – und an jungen Männern, die bereit waren, in den Krieg zu ziehen, herrschte kein Mangel.

In dieser Zeit der ersten Industrialisierung fand allerdings ein wichtiger Trennungsprozess statt: War ehemals das rein politische System durch die Art der Herrschaft zugleich auch im wesentlichen Eigentümer der Produktionsfaktoren Grund und Boden und Kapital, so trat daneben das sich immer weiter verselbstständigende System der Großindustrie auf die Bühne. Eine wichtige und einflussreiche Gruppierung, die sich dem öffentlichen Politikbetrieb nur noch indirekt widmete, jedoch – seit damals – einen ganz erheblichen Einfluss auf das politische System ausübt, weil seine wirtschaftliche Potenz zu einer unverzichtbaren Säule für die Existenz des politischen Systems geworden war.

Hätte Krupp keine Kanonen geliefert, Wilhelm II. hätte keinen Krieg führen können. Also war man auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. So einfach war das damals. So einfach ist es auch noch heute.

Das Verhalten der großen Player der Wirtschaft ist maßgebliche Stütze des politischen Systems, so wie auch das Verhalten des politischen Systems die maßgebliche Stütze von Großindustrie und Kapital darstellt. Beide sind in einer so engen Symbiose gefangen, dass keiner mehr ohne den anderen kann, und das führt dazu, dass Volkswirtschaft heute dafür sorgen muss, dass beider Interessen möglichst vollständig befriedigt werden, weil das politische System – und damit der Staat, die Volkswirtschaft – sonst im Chaos versinken würde und vor der Gefahr des Unterganges stünde.

Mit den vorbeschriebenen Anforderungen, nämlich der Überlebensfähigkeit des politischen Systems und seiner Absicherung gegen innere und äußere Schadeinflüsse, ist das Spielfeld, auf dem jede Art von „Volkswirtschaft“ ausgeübt werden kann, hinreichend beschrieben. Ein Zurückgehen hinter diese Mindestanforderungen führt mehr oder minder schnell, aber zuverlässig, zur Auflösung von Staat und Volkswirtschaft.

Dass im bisherigen Text überwiegend mit historischen Beispielen hantiert wurde, war der Tatsache geschuldet, dass gerade diese unerschütterlichen Grundbedingungen für eine Volkswirtschaft leichter zu akzeptieren sind, wenn sie am geschichtlichen, und damit in seiner Entwicklung nachvollziehbaren und abgeschlossenen Beispiel erläutert werden, als in der noch brodelnd gärenden Suppe der Gegenwart, die uns mit Krisen aller Art konfrontiert, während das Krisenmanagement – je nach politischer Grundeinstellung – gefeiert oder verdammt wird.

Im weiteren Text wird die Gegenwart mit ihren ungelösten Problemen in den Vordergrund treten und weitaus detaillierter besprochen werden als das bis hierher der Fall war. Um dabei nicht in Fallstricke zu geraten, müssen die wichtigen Voraussetzungen quasi als Axiome außerhalb des kritischen Blickes bleiben. Kurz zusammengefasst lauten diese:

- Eine Volkswirtschaft braucht ein tragendes politisches System, dessen Wille ihr Richtung und Ziel vorgibt. Dieses System muss gegen innere und äußere Gefahren hinreichend geschützt werden.
- Das politische System kann nicht existieren, ohne sich auf die Produktionsmacht von Großindustrie und Kapital abzustützen, während Großindustrie und Kapital nicht ohne ein zuverlässig funktionierendes politisches System existieren können. Letzteres gilt selbstverständlich auch für die so genannten „Global Player“.

Angriffe auf die Symbiose von Staat und Kapital kommen folglich einem volkswirtschaftlichen Suizid gleich.

Das heißt aber nicht, dass die Beziehungen zwischen Staat und Kapital, dass die Eigentums- und Ertragsstrukturen des Kapitals, damit in der derzeitigen, ganz überwiegend destruktiven Form festgeschrieben werden müssten. Im Gegenteil: Genau hier liegt der Schlüssel für viele Problemlösungen vergraben, der mit diesem Buch Kapitel für Kapitel ans Licht gebracht werden soll.

Stufe 3 ergänzt das System um Infrastruktur und Grundversorgung

Der moderne Staat kann sich große (qualitative) Unterschiede in der Grundversorgung und Infrastruktur zwischen den Trägern und Institutionen des politischen Systems und den Einwohnern des Staates alleine aus Gründen der Praktikabilität im arbeitsteiligen Wirtschaften nicht mehr leisten.

Wo staatliche Verwaltungen die Datenverarbeitung nutzen und die direkte Schnittstelle zum Bürger über das Internet herstellen, gehört der flächendeckende Zugang zum Internet zur notwendigen Grundversorgung. Wo Minister und Staatssekretäre Straßen und Autobahnen in gepanzerten Limousinen benutzen, ist auch Platz für die Klein- und Mittelklassewagen der Arbeiter und Angestellten, deren Mobilität (Pendler) ausschlaggebend für die Erwirtschaftung etlicher Prozentpunkte des BIP ist. Das Smartphone hilft dem Chef nicht weiter, wenn der Außendienstmitarbeiter, dem er eine wichtige Information geben will, keines hat ...

Die Grundversorgung, die beim Zugang zu Frischwasser und der dafür erforderlichen Infrastruktur beginnt, endet mit Strom und Telefon noch lange nicht. Es braucht Nahrungsmittel, Kleidung, Möbel und Wohnungen, um das menschliche Überleben in Mitteleuropa zu sichern, ebenso braucht es ein funktionierendes Transport- und Logistikwesen.

Ärzte, Apotheken und Kliniken, Feuerwehren, Notärzte und Rettungsdienste sind ebenso unverzichtbar, wie Kindergärten, Schulen und Universitäten. Inzwischen gehört wohl auch der Geldautomat im Vorraum der Bank oder neben der Zapfsäule an der Tankstelle zum gewohnten Inventar der Grundversorgung, so wie noch vor Jahren die heute selten gewordenen öffentlichen Telefonzellen an jeder zweiten Straßenecke.

Die Bereitstellung der Grundversorgung in Deutschland teilen sich heute die einzelnen Gebietskörperschaften mit privaten Wirtschaftsunternehmen und mehr oder minder gemeinnützigen Vereinen und Organisationen. Die sich daraus ergebende Komplexität wird zum Teil mit Gesetzen, Vorschriften und vertraglichen Regelungen beherrscht, zu einem anderen Teil aber auch durch die unserem Wirtschaftssystem immanente Flexibilität der unternehmerischen Entscheidungen vieler konkurrierender und kooperierender Marktteilnehmer.

Störungen der Grundversorgung sind ausgesprochen selten und werden in aller Regel sehr schnell behoben. Selbst die sich hierzulande in den letzten Jahren wiederholenden großen Flutkatastrophen konnten keine ernsthafte Gefährdung der Bevölkerung oder gar des „politischen Systems“ hervorrufen. Das Netz der Grundversorgung ist engmaschig und vielfach redundant. Fällt die Trinkwasserversorgung aus, kann der nächste Supermarkt einen schier unerschöpflichen Nachschub an Mineralwasser sicherstellen. Ist im Ort A die Brücke weggespült, ist schon wenige Kilometer weiter der nächste noch passierbare Übergang nutzbar. Fällt das Festnetz aus, nimmt man einfach das Mobiltelefon – und umgekehrt. Kommt die Zeitung nicht, stehen Rundfunk und Fernsehen, auch das Internet, als Informationsmedien bereit – und wenn die Bahn ein Gleis wegen eines umgestürzten Baumes zeitweise nicht befahren kann, stehen ersatzweise Busse zur Verfügung.

Das ist das schöne Bild der Realität. Wer das vor Augen hat, sieht keinen Handlungsbedarf und denkt nicht daran, alles was uns so selbstverständlich geworden ist, als ein großes volkswirtschaftliches Arbeits- und Problemfeld zu betrachten.

Wer heute noch vom besten Deutschland aller Zeiten spricht, wähnt sich noch im Deutschland der 70er und 80er Jahre.

Damals, so meine Einschätzung, hatte die Bundesrepublik den Höhepunkt ihrer bisherigen Geschichte erreicht.

Während die Infrastruktur verfällt und die Institutionen der Grundversorgung verschwinden, weil sie privatisiert wurden und von daher, wie Krankenhäuser und Pflegeheime, schlicht ersatzlos in Insolvenz gehen und aus der Welt verschwinden, hat uns der Rückschritt bereits mit dem Abbau der Krisenvorsorge aus Stufe 2 vertraut gemacht.

In der Corona-Krise mussten wir erkennen, wie schlecht es um die Krisenvorsorge bestellt ist, wenn nicht einmal einfache medizinische Masken schnell in der erforderlichen Zahl bereitgestellt werden konnten, obwohl vorher große, auch internationale Pandemie-Übungen der Stäbe stattgefunden haben. Ungefähr gleichzeitig stellten wir fest, dass die Apotheken nur sehr begrenzte Vorräte an Medikamenten vorhalten, so dass ein kleiner Ausfall in den Lieferketten zu besorgniserregenden Versorgungsproblemen führt – und diese Probleme sind immer noch nicht

ausgestanden. Die Ahrtalflut hat gezeigt, wie stark es an der Krisenorganisation fehlt, dass Warnungen nicht weitergegeben oder nicht ernst genommen, damit aber hunderte von Toten und gigantische Vermögensschäden in Kauf genommen wurden.

Auch mit dem Erkennen und der Auflösung innerer Widerstandstendenzen ist es nicht weit her. Hier ist die absurde Situation eingetreten, dass der friedliche Demokrat, sobald er seine Meinungsfreiheit nutzt, um berechnete Kritik an der Regierung zu artikulieren, vom Staat bekämpft wird, während seelenruhig zugesehen wird, wie sich überall im Lande Parallelgesellschaften etablieren, die man selbst dann in Ruhe lässt, wenn aus ihrer Mitte heraus Straftaten verübt werden. Auch die Tatsache, dass die deutschen Dienste ihre Erkenntnisse über bevorstehende Terrorakte kaum einmal aus der eigenen Arbeit gewinnen, sondern sich regelmäßig nur auf Hinweise befreundeter Dienste beziehen können, lässt den Verdacht aufkommen, dass der Machterhalt nur noch nach den Prinzipien der Stufe 1, also „Repression gegenüber der produktiven Bevölkerung“ angestrebt wird.

Damit Sie nicht zurückblättern müssen:

Die Summe der Ergebnisse des wirtschaftlichen Handelns einer Volkswirtschaft muss mindestens ausreichen,

- *um die materielle Basis des nicht produktiven politischen Systems (Legislative, Exekutive und Judikative) sicherzustellen und*
- *den minimalen Selbsterhalt sowie die notwendige Reproduktionsrate der produktiven Bevölkerung zu gewährleisten.*

Da sind wir bald wieder angekommen.

Und so wird es weitergehen:

Der Aufwand für die Repression steigt mit dem Maß der Ausbeutung der produktiven Bevölkerung und mindert damit den erhofften Mehrnutzen für die Teilhaber des politischen Systems bis an den Punkt, an dem die absolute Leistungsobergrenze einer Volkswirtschaft erreicht ist. Wird dieser Punkt überschritten, kommt es zum Zusammenbruch der Ordnung.

Mit besten Grüßen
Egon W. Kreutzer